



Medienmitteilung – Communiqué aux médias – Comunicato per la stampa – Media release

Bern, 19. April 2011

Sperrfrist: 21. April 2011 12 Uhr

MASSNAHMEN ZUR REGULIERUNG DER KORMORANKOLONIE AM NEUENBURGER-SEE: BESCHWERDE VON NATURSCHUTZVEREINIGUNGEN WIRD GUTGEHIESSEN

Urteil A-2030/2010 des Bundesverwaltungsgerichts im Fall Helvetia Nostra, Schweizer Vogelschutz SVS/BirdLife Suisse und ProNatura - Schweizerischer Bund für Naturschutz gegen das Sicherheits- und Umweltschutzdepartement des Kantons Waadt, das Raumplanungsdepartement des Kantons Neuenburg und der Direktion der Institutionen und der Land- und Forstwirtschaft des Kantons Freiburg bezüglich Massnahmen zur Regulierung der Kormorankolonien.

Mit Urteil vom 14. April 2011 heisst das Bundesverwaltungsgericht (BVGer) die Beschwerde von drei Umweltschutzorganisationen gut und hebt damit die Verfügung des Bundesamtes für Umwelt (BAFU) vom 25. März 2010 auf. Diese räumte den Kantonen Neuenburg, Waadt und Freiburg die Erlaubnis ein, Massnahmen zur Regulierung der Kormorankolonie im Vogelschutzgebiet Fanel zu ergreifen, nachdem sich Berufsfischer der Region beschwert hatten. Das BVGer kam zum Schluss, dass die Schäden, die den Berufsfischern durch die Kormorane entstanden sind, nicht ausreichen, um Regulierungsmassnahmen zu rechtfertigen. Dieses Urteil kann vor dem Bundesgericht angefochten werden.

Am 15. März 2010 ersuchten die Umweltschutzbehörden der Kantone Neuenburg, Waadt und Freiburg das BAFU – gestützt auf Artikel 9 Absatz 1 der Verordnung über die Wasser- und Zugvogelreservate von internationaler und nationaler Bedeutung (WZVV) – die Kormorankolonie im Vogelschutzgebiet von Fanel zu regulieren. Denn diese Vögel würden für die Berufsfischerei auf dem Neuenburger-, Bieler- und Murtensee erhebliche wirtschaftliche Schäden verursachen (Netzschäden, gefangene Fische werden aus den Netzen gefressen oder angepickt zurückgelassen). Am 25. März 2010 stimmte das BAFU dem Gesuch zu und erlaubte den Kantonen, befristet auf zwei Jahre Massnahmen gegen die Kormorane zu ergreifen, die im Naturschutzgebiet von Fanel Nester bauen (Montieren von Zäunen am Ufer, Entfernung von Resten der letztjährigen Nester und Behandlung bereits gelegter Eier mit Öl, falls die ersten zwei Massnahmen scheitern).

Das BVGer hat diese Verfügung aufgehoben, weil sie Artikel 9 Absatz 1 der WZVV verletzt. Gemäss BVGer liegt der Schaden, den die Berufsfischer durch die Kormorane erleiden, weit unter dem vom BAFU angegebenen Wert (lediglich 2,5 % und nicht 6 % der Bruttoerträge). Dies ist nicht ausreichend, um solche Massnahmen zu rechtfertigen, die ihrerseits einen untragbaren Schaden voraussetzen. Ausserdem würden die bewilligten Massnahmen nur in beschränktem Ausmass die Bestände regulieren. Auch sind sie nicht geeignet, die Netzschäden wirksam zu

vermeiden. Denn diese entstehen ebenfalls durch die Wandervögel, die jedes Jahr aus Nordeuropa kommen, oder aus anderen Gründen.

Das Bundesverwaltungsgericht

Das Bundesverwaltungsgericht beurteilt Beschwerden gegen Verfügungen von Bundesbehörden. In bestimmten Sachbereichen ist das Gericht auch für die Überprüfung kantonaler Entscheide zuständig und urteilt ausserdem in Klageverfahren. Soweit das Bundesverwaltungsgericht nicht letztinstanzlich entscheidet, können seine Urteile beim Bundesgericht in Lausanne und Luzern angefochten werden. Das Bundesverwaltungsgericht, mit seinen Standorten Bern und Zollikofen bzw. ab 2012 St. Gallen, setzt sich aus fünf Abteilungen sowie dem Generalsekretariat zusammen. Mit rund 70 Richterinnen und Richtern sowie 300 Mitarbeitenden ist das Bundesverwaltungsgericht das grösste Gericht der Schweiz.

Weitere Auskünfte

Andrea Arcidiacono, Medienverantwortlicher, Schwarztorstrasse 59, Postfach, 3000 Bern, Tel: 058 705 29 86; Mobil: 079 619 04 83, andrea.arcidiacono@bvger.admin.ch